

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss forestry journal = Journal forestier suisse

Herausgeber: Schweizerischer Forstverein

Band: 105 (1954)

Heft: 9-10: Sondernummer zur schweizerischen Ausstellung für Landwirtschaft, Forstwirtschaft u. Gartenbau Luzern

Rubrik: Mitteilungen = Communications

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Auslegung des Art. 18 des Eidg. Forstgesetzes vom Jahre 1902

Im Jahre 1953 hatte der Bundesrat eine Beschwerde einer Bürgergemeinde gegen den Entscheid einer Kantonsregierung betreffend Losholz-zuteilung zu beurteilen, wobei die Interpretation von Art. 18 des Bundesgesetzes vom Jahre 1902 betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei von ausschlaggebender Bedeutung war. Die Eidg. Inspektion für Forstwesen brachte den Kantonsforstämtern den Entscheid zur Kenntnis mit Erklärungen, die auch weitere Kreise interessieren dürften:

I.

Auf Waldungen einer Bürgergemeinde lasten Nutzungsrechte der Bürger und der zugezogenen Einwohner; dieser Waldteil wird vollständig getrennt von den servitutsfreien Parzellen verwaltet.

Die Bewirtschaftung aller Waldungen regelt der aus dem Jahre 1926 stammende, von der Kantonsregierung genehmigte Wirtschaftsplan. Das gegenwärtig in Revision begriffene, aber immer noch gültige Operat schreibt u. a. die nachhaltige Bewirtschaftung unter Festsetzung eines angemessenen jährlichen Abgabesatzes gemäß Waldreglement sowie kantonalen und eidgenössischen Bestimmungen vor.

Trotz den eindeutigen Vorschriften kam es im belasteten Teil seit vielen Jahren regelmäßig zu sehr erheblichen Übernutzungen. Dadurch wurden nicht nur die Schutzfunktionen der in der Schutzwaldzone gelegenen bestockten Flächen in Frage gestellt, sondern auch der Holzvorrat und als Folge davon der Zuwachs stark herabgesetzt.

Die Gründe für diese Entwicklung sind hauptsächlich folgende:

- a) Infolge des wirtschaftlichen Aufschwunges der Gemeinde, verbunden mit der stets wachsenden Einwohnerzahl (starke Vermehrung der nutzungsberechtigten Einwohner), stieg der Losholzanspruch und damit die Belastung des Waldes.
- b) Die Verpflichtungen der Bürgergemeinde (Bachverbauungen, Aufforstungen, Forstverbesserungen, Unterhaltsarbeiten, Perimeterbeiträge usw.) erforderten und verlangen auch in Zukunft große Mittel, die nur durch den Verkauf von Holz aufgebracht werden können.
- c) Zur Sicherstellung der Versorgung des Landes mit Brenn-, Papier- und Nutzholz während der Kriegsjahre mußten auch aus den Waldungen der Bürgergemeinde erhöhte Nutzungen bezogen werden. Seit 1946 sind die auf Grund des Notrechtes angeordneten Mehrnutzungen — aber nur diese — weggefallen.

Schon im Jahre 1933, also wenige Jahre nach dem Inkrafttreten des heute noch gültigen Wirtschaftsplanes, sah sich der Regierungsrat veranlaßt, besondere Vorschriften zu erlassen, indem er damals die Größe der Holzlose von 5 auf 4 m³ herabsetzte. Trotz dieser Maßnahme konnte der Abgabesatz nicht ein-

gehalten werden, und der Zustand der servitutsbelasteten Waldungen verschlimmerte sich zusehends, so daß weitere Einschränkungen unumgänglich waren. Gestützt auf den vorstehend angeführten Regierungsratsbeschluß erließ das kantonale Oberforstamt im Jahre 1951 bis zum Inkrafttreten der Wirtschaftsplanrevision für die zwei am stärksten übernutzten Betriebsklassen ein totales Holzschlagverbot. Zudem verfügte der Regierungsrat bereits im Jahre 1950, daß die Schläge in allen übernutzten Waldungen des Kantons nicht mehr als 80—90 % des Abgabesatzes betragen dürfen.

Diese Maßnahmen und die Sorge um den Zustand der Waldungen veranlaßten den Bürgergemeinderat, die Größe der Holzlose für die Jahre 1951 und 1952 von den im Waldreglement vorgesehenen 4 m³ auf 2 m³ herabzusetzen (Beschluß vom 19. Juli 1951).

Damit waren aber einige Losholzberechtigte nicht einverstanden und reichten beim Regierungsrat Rekurs ein, der diesen im wesentlichen mit der Begründung schützte, die Bürgergemeindeversammlung, nicht der Bürgergemeinderat, sei zuständig, die Herabsetzung zu beschließen.

Gegen diesen Entscheid wurde vom Bürgergemeinderat beim Bundesrat, gestützt auf Art. 18, Absatz 3, des eidgenössischen Forstgesetzes, Beschwerde geführt.

II.

Der Bundesrat zog in Erwägung¹:

1. Die Zuständigkeit des Bundesrates wird, gestützt auf Art. 125, Absatz 1, lit. b, des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1943 über die Organisation der Bundesrechtspflege bejaht.
2. Nach Art. 18, Absatz 1 und 3, des Bundesgesetzes vom 11. Oktober 1902 betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei sind die öffentlichen Waldungen gemäß kantonaler Instruktion einzurichten und zu bewirtschaften. Der Abgabesatz darf ohne Bewilligung der kantonalen Behörde nicht überschritten werden.
3. Wie die von keiner Seite bestrittenen massiven Übernutzungen beweisen, führten die bisher getroffenen Maßnahmen zur bundesrechtlich vorgeschriebenen Einhaltung des Abgabesatzes nicht zum Ziel. Eine Bewilligung des Kantons zur Überschreitung der vom Wirtschaftsplan vorgeschriebenen Nutzungen liegt, der Lage der Dinge entsprechend, nicht vor; das Gegenteil trifft zu (siehe oben).
4. Die Größe der Holzlose (4 m³) verunmöglichte die Einhaltung des Abgabesatzes in den nicht mit dem Schlagverbot belegten Betriebsklassen.
5. Gegenstand der Beschwerde ist einzig die Größe der Holzlose. Allerdings wurde im Verlaufe des Verfahrens vor dem Bundesrat geltend gemacht, daß die Einhaltung des Abgabesatzes auch durch Herabsetzung der Menge des Verkaufsholzes hätte erreicht werden können. Gemäß Waldreglement sind aber aus dem Waldertrag vorab die reglementarischen Aufwendungen der Forstverwaltung zu decken (lit. b hievor) und erst nachher können Losholzansprüche der Berechtigten befriedigt werden. Somit mußte zur

¹ Einzelne wichtige Stellen der Ziffern 1—8 stimmen mit der Begründung des Bundesrates wörtlich überein.

Deckung der jährlichen Unkosten eine bestimmte Menge Holz zum Verkauf gelangen.

6. Der vorgeschriebene Abgabesatz kann daher nur dann eingehalten werden, wenn die Größe der Holzlose herabgesetzt wird.

Die Bestimmung des Waldreglementes, welche die Lose auf 4 m³ festsetzt, ist in ihren Auswirkungen bundesrechtswidrig und insoweit *ipso iure* nichtig. Der Bundesrat kann nicht dazu Hand bieten, daß bundesrechtswidrige Bestimmungen zur Anwendung gelangen.

7. Der Auffassung der Kantonsregierung wird an sich zugestimmt, daß die Bürgergemeindeversammlung, und nicht der Bürgergemeinderat zuständig war, das Waldreglement abzuändern; in Wirklichkeit hat aber der Bürgergemeinderat einfach eine zumindest in ihrem Ausmaß bundesrechtswidrige und daher insoweit nichtige Bestimmung des Waldreglementes nicht angewendet.

8. Abschließend stellt der Bundesrat fest, daß die Bürgergemeinde unter gleichbleibenden oder sich noch verschärfenden Verhältnissen nicht bei dieser Teilmaßnahme (Herabsetzung der Losholzgröße von 4 auf 2 m³) wird bleiben können, um so weniger als die künftigen unvermeidlichen Verpflichtungen der Bürgergemeinde dieser nicht gestatten werden, die Holzverkäufe einzuschränken. Die Losholzservitut verträgt sich mit den Grundsätzen einer guten Waldwirtschaft unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr. Solche Dienstbarkeiten sind aber nach Art. 21 des eidgenössischen Forstgesetzes abzulösen.

III.

Aus allen diesen Erwägungen schützte der Bundesrat die Beschwerde des Bürgergemeinderates gegen den Entscheid der Kantonsregierung am 12. Mai 1953.

IV.

Die Beschwerdeinstanz bekräftigt somit durch ihre Stellungnahme die uneingeschränkte Geltung von Art. 18, Absatz 3, des eidgenössischen Forstgesetzes; entgegenstehende Bestimmungen der Kantone oder des Statutarrechtes sind bundesrechtswidrig und damit nichtig. Aber auch wirtschaftliche Erwägungen über die Größe der Nutzungen haben gegenüber dieser Bestimmung des Bundesrechtes über die Einhaltung der Abgabesätze zurückzutreten.

Darüber hinaus stellt der Bundesrat fest, daß das (im vorliegenden Fall außer den Bürgern auch den zugezogenen Einwohnern zustehende) Recht auf Losholz, wie es hier ausgeübt wird, sich mit einer guten Waldwirtschaft nicht mehr verträgt und solche Dienstbarkeiten abzulösen sind.

Dem Entscheid des Bundesrates kommt prinzipielle Bedeutung zu; die Maßnahmen der Kantone zur nachhaltigen Bewirtschaftung der öffentlichen Waldungen werden dadurch in wirksamer Weise unterstützt.

Interprétation de l'article 18 de la loi fédérale de 1902

935.1 En 1953, le Conseil fédéral a été appelé à statuer sur un recours formé par une commune bourgeoise contre la décision d'un gouvernement cantonal concer-

nant une répartition de bois. A cet égard, l'interprétation de l'article 18 de la loi fédérale de 1902 concernant la haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts revêtait une importance décisive. L'inspection fédérale des forêts a rédigé l'exposé suivant qui a été envoyé aux inspections cantonales des forêts et peut aussi intéresser des cercles plus étendus:

I.

Les forêts d'une commune bourgeoise sont grevées de droits d'usage en faveur des bourgeois et des autres habitants; l'administration de ces forêts est entièrement distincte de celle des forêts franches de servitudes.

Le plan d'aménagement dressé en 1926 et approuvé par le gouvernement cantonal règle l'exploitation de toutes les forêts. Ce plan, qui est actuellement en voie de revision, mais encore en vigueur, prescrit notamment l'exploitation soutenue, avec la fixation d'une possibilité annuelle convenable, conformément au règlement forestier, ainsi qu'à des dispositions cantonales et fédérales.

En dépit des prescriptions absolument claires, la partie des forêts grevées fut régulièrement l'objet, pendant de nombreuses années, de fortes surexploitations. Cela eut pour effet non seulement de compromettre le rôle protecteur des surfaces boisées sises dans la zone de protection, mais aussi de réduire notablement le matériel sur pied et, partant, l'accroissement.

Ces faits sont principalement dus aux raisons suivantes:

- a) Les besoins en bois de répartition et, par conséquent, l'exploitation des forêts s'accrurent par suite du développement économique de la commune, combiné avec une augmentation constante du nombre des habitants bénéficiant des droits d'usage.
- b) Les charges de la commune bourgeoise (corrections de cours d'eau, reboisements, améliorations de forêts, entretien des ouvrages, contributions du périmètre, etc.) exigèrent et exigeront encore d'importantes ressources qui peuvent uniquement être tirées de la vente du bois.
- c) En vue d'assurer, pendant la guerre, l'approvisionnement du pays en bois à papier, en bois d'œuvre et de feu, les forêts de la commune durent aussi être plus fortement mises à contribution. Seules ces exploitations supplémentaires ordonnées en vertu de dispositions extraordinaires furent supprimées à partir de 1946.

En 1933 déjà, c'est-à-dire peu d'années après l'entrée en vigueur du plan d'aménagement encore valable aujourd'hui, le Conseil d'Etat se vit contraint de prescrire que l'on respectât la possibilité fixée par le plan d'aménagement et réduisit alors le volume des lots de bois de 5 à 4 m³. Malgré cette mesure, la possibilité ne put être observée et l'état des forêts grevées de servitudes continua d'empirer, ce qui rendit de nouvelles restrictions indispensables. Se fondant sur l'arrêté précité du Conseil d'Etat, l'inspection cantonale des forêts a édicté, en 1951, une interdiction totale d'abatage de bois, valable jusqu'à l'entrée en vigueur du plan d'aménagement révisé, pour les deux séries d'aménagement présentant les plus fortes surexploitations. En outre, le Conseil d'Etat a décidé, en 1950, que les coupes effectuées dans toutes les forêts du canton surexploitées ne devaient plus être supérieures à 80—90 % de la possibilité.

Ces mesures et le souci de maintenir l'état des forêts incitèrent le conseil de bourgeoisie à réduire de 4 (selon règlement forestier) à 2 m³ (décision du 19 juillet 1951) le volume des lots de bois pour les années 1951 et 1952.

Mécontents de cette décision, certains ayants droits au bois de répartition recoururent au Conseil d'Etat qui déclara, pour l'essentiel, que l'assemblée de la commune bourgeoise, et non pas le conseil de bourgeoisie, était compétente pour décider une réduction des lots.

Le conseil de bourgeoisie recourut contre cette décision au Conseil fédéral en se fondant sur l'article 18, 3^e alinéa, de la loi sur la police des forêts.

II.

Les considérants du Conseil fédéral sont les suivants ¹:

1. Le Conseil fédéral est compétent en vertu de l'article 125, 1^{er} alinéa, lettre *b*), de la loi fédérale d'organisation judiciaire (du 16 décembre 1943). 1943).
2. Aux termes de l'article 18, 1^{er} et 3^e alinéas, de la loi fédérale du 11 octobre 1902 concernant la haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts, les forêts publiques seront aménagées et administrées conformément aux instructions cantonales sur la matière. Les exploitations ne pourront dépasser le rendement soutenu sans l'agrément de l'autorité cantonale.
3. Comme le prouvent les surexploitations massives que nul ne conteste, les mesures prises jusqu'à présent n'ont pas suffi à assurer le maintien du rendement soutenu prescrit par la législation fédérale. Une autorisation cantonale de dépasser les exploitations fixées par le plan d'aménagement et répondant à l'état des choses n'a pas été produite; le contraire est établi (voir ci-dessus).
4. Le volume des lots (4 m³) empêchait d'observer la possibilité dans les séries d'aménagement où les coupes n'étaient pas interdites.
5. Le recours aurait pour seul objet le volume des lots. Mais au cours de la procédure devant le Conseil fédéral, il a été allégué qu'il aurait été possible d'observer la possibilité en réduisant les ventes de bois. Selon le règlement forestier, les dépenses de l'administration forestière doivent d'abord être couvertes par le rendement de ces dernières (cf. lettre *b*) ci-dessus) et il n'est permis de satisfaire qu'ensuite aux demandes présentées par les intéressés. C'est ainsi qu'une certaine quantité de bois devait être réservée à la vente pour couvrir les frais généraux annuels.
6. La possibilité prescrite ne peut par conséquent être observée que par une réduction du volume des lots.
La disposition réglementaire fixant les lots à 4 m³ est contraire, dans ses effets, à la législation fédérale et nulle de plein droit. Le Conseil fédéral ne peut pas admettre l'application de dispositions contraires au droit fédéral.
7. La manière de voir du gouvernement cantonal, selon laquelle l'assemblée de la commune bourgeoise et non pas le conseil de la bourgeoisie était com-

¹ Quelques passages importants des chiffres 1 à 8 sont la traduction littérale des considérants du Conseil fédéral.

pétente pour reviser le règlement forestier, est juste. Mais en réalité, le conseil de bourgeoisie n'a simplement pas appliqué une disposition dudit règlement qui, du moins dans sa portée, était contraire au droit fédéral et par conséquent nulle.

8. Enfin, le Conseil fédéral constatait que, si les circonstances restent les mêmes ou si elles s'aggravent, la commune bourgeoise ne pourra maintenir cette restriction partielle de répartition (réduction du volume des lots de 4 à 2 m³), et cela d'autant moins que les obligations futures inévitables de la commune ne lui permettront pas de réduire les ventes de bois. La servitude des lots, dans les conditions actuelles, n'est plus compatible avec les principes d'un aménagement rationnel des forêts. Mais de telles servitudes doivent être rachetées en vertu de l'article 21 de la loi fédérale sur la police des forêts.

III.

Par tous ces motifs, le Conseil fédéral admit, le 12 mai 1953, le recours de la commune bourgeoise contre la décision du gouvernement cantonal.

IV.

Ainsi, l'autorité de recours a affirmé la validité illimitée de l'article 18, 3^o alinéa, de la loi fédérale sur la police des forêts; les dispositions cantonales qui dérogent à cet article ou au règlement forestier sont contraires au droit fédéral et, partant, nulles. Mais d'autres considérations d'ordre économique concernant le volume des exploitations doivent aussi céder le pas devant la disposition du droit fédéral relative au rendement soutenu.

Le Conseil fédéral considère en outre que le droit au bois de répartition, tel qu'il est exercé ici (en l'espèce, conféré non seulement aux bourgeois, mais aussi aux autres habitants), n'est plus compatible avec une exploitation rationnelle des forêts et que des servitudes de ce genre doivent être rachetées.

La décision du Conseil fédéral a une importance de principe; elle soutient efficacement les mesures prises par les cantons en vue d'aménager les forêts publiques selon le principe du rendement soutenu.

VEREINSANGELEGENHEITEN · AFFAIRES DE LA SOCIÉTÉ

Legat Custer

Im Jahresbericht über die Tätigkeit der «Hilfskasse für schweizerische Forstingenieur und deren Familienangehörige» wurde u. a. auch das Legat *Custer* erwähnt. Nur wenigen dürfte aber bekannt sein, welche Bewandnis es mit diesem Legat hat, weshalb hierüber einige Angaben folgen.

Im Jahre 1916 stiftete Frau *Custer-Sauerländer*, Aarau, in Erinnerung an ihren früh verstorbenen Sohn Alfred, Fr. 2000.— mit der Bestimmung, daß nach angemessener Äufnung aus den Erträgen des Fonds an die Hinterbliebenen von wissenschaftlich gebildeten Forstbeamten in der Schweiz ein Beitrag von Fr. 100.— ausbe-